

ANFRAGE von Dr. Luzia Lehmann (SP, Oberglatt) und Ruedi Keller (SP, Hochfelden)

betreffend Vertretung des Regierungsrates in der neuen Flughafen Zürich AG

Der Regierungsrat hat vor kurzem mitgeteilt, dass er gleich drei seiner Mitglieder für den Verwaltungsrat der neuen Flughafen AG ernannt habe. Dieser Entscheid erscheint aus zwei Gründen fragwürdig.

Erstens hat der Regierungsrat bis zur Abstimmung über die Privatisierung des Flughafens regelmässig beteuert, „die Bevölkerung“ würde dann im Verwaltungsrat vertreten sein, was sich mit Regierungsrat Jekers Motto „die Betroffenen zu Beteiligten machen“ zu decken schien. Nun ist aber gerade jener grosse Bevölkerungsteil nicht in dieser Delegation vertreten, der Fragen der Wohnlichkeit, der Gesundheit und der Lebensqualität in der Flughafenregion in die wirtschaftliche Betrachtung des Luftverkehrs gebührend einbeziehen will (die ernannten regierungsrätlichen Verwaltungsratsmitglieder stehen für die Wirtschaft, die Raumplanung und die Finanzen).

Zweitens war nie davon die Rede, dass fast die Hälfte des Regierungsrates im Verwaltungsrat Einsitz nehmen sollte. Der Regierungsrat erachtete es 1999 noch als zweckmässig, dass der Flughafen privatisiert wird, weil dessen Betrieb keine staatliche Aufgabe sei. Und jetzt ist der Regierungsrat inkonsequenterweise bereit, einen substantiellen Teil seiner Arbeitszeit für die Verwaltungsratsstätigkeit zu opfern und dabei auch noch für beide Bereiche bezahlt zu werden.

Wir bitten den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weshalb braucht es für den Verwaltungsrat der frisch privatisierten Flughafen AG drei Regierungsratsmitglieder, deren berufliche Biografie im übrigen ein solches Amt in keiner Weise nahe legt?
2. Wird Regierungsrat Jeker, der vom Regierungsrat zum Vizepräsidenten der Flughafen AG vorgeschlagen wird, weiterhin über zwei Drittel seiner Arbeitszeit für den Flughafen aufwenden, wie er das gemäss eigener Aussage bis zur Flughafenabstimmung getan hat? Wenn ja, ist er bereit, sein Einkommen aus dieser Verwaltungsratsstätigkeit dem Staat abzuliefern, da er vom Volk ja für seine hundertprozentige Regierungstätigkeit gewählt wurde und dafür auch bezahlt wird?
3. Wie gross ist die voraussichtliche zeitliche Belastung eines seriös ausgeführten Verwaltungsratsmandates bei der Flughafen AG für die andern zwei in Flughafenfragen unerfahrenen Regierungsratsmitglieder? Können sich Mitglieder der Regierung dieses Engagement neben der Regierungsratsarbeit leisten und dieses gegenüber der Bevölkerung auch verantworten?
4. In welche andere (teil-)private Firma ordnet der Regierungsrat zwei oder mehrere seiner Mitglieder in den Verwaltungsrat ab?
5. Weshalb ist der Schutzverband der Flughafengemeinden als repräsentative Vertretung der betroffenen Anwohnerschaft und der Gemeinden nicht vertreten?
6. Ist der Regierungsrat bereit, seine Deputation zu überprüfen und dafür zu sorgen, dass sie mindestens eine Person einschliesst, die Aspekte der Wohnlichkeit, der Gesundheit und der Lebensqualität der Bevölkerung in der Flughafenregion stärker einbezieht?

Dr. Luzia Lehmann
Ruedi Keller